

BORIS W. RAKITSKIJ,  
GALINA JA. RAKITSKAJA  
Privatisierung –  
Interessen, Absichtserklärungen,  
Beteiligte, Methoden und Resultate

*Erstens:* Die Ereignisse, die mit der Privatisierung im heutigen Rußland verbunden sind, können im vollen Umfang nur verstanden werden, wenn man sie im Kontext der in Rußland durchgeführten ökonomischen und sozial-politischen Reformen sieht. Dabei sollte man nicht in den Fehler verfallen, die modernen russischen Reformen am Maßstab irgendwelcher Reformen in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas zu beurteilen. Und das aus folgendem Grund: Die Reformen in Rußland verlaufen als revolutionäre Reformen, das heißt, sie sind durch die Änderung des Machttypus hervorgerufen und haben die Aufgabe, die Änderung des Gesellschaftsbaus zu verankern.

*Zweitens:* Die Privatisierungsprozesse wurden nicht durch Jelzin und nicht 1993 begonnen, sondern durch Gorbatschow im Jahre 1990. Die Orientierung auf die Entstaatlichung des Eigentums und auf die Privatisierung wurde von der Regierung Ryshkow-Abalkin im Januar 1990 erarbeitet und von Gorbatschow und der höchsten politischen Führung der KPdSU gutgeheißen.

*Drittens:*Die Notwendigkeit des Wechsels der gesellschaftlichen Ordnung war in den Jahren 1988-89 sowohl von der Nomenklatura, der Opposition (den sogenannten Demokraten) als auch von breiten Schichten des politisch passiven und nicht organisierten Volkes begriffen geworden. Die grundlegende Reform (Revolution) des Eigentums wurde als Teil dieser Notwendigkeit verstanden.

Die Nomenklatura begann als erste mit der Revolution des Eigentums. In der UdSSR war das Eigentum formal volkseigen (staatlich), aber faktisch gemeinschaftlich Gruppeneigentum der Nomenklatura (gesamtheitlich). Die Aufgabe der von der Nomenklatura durchgeführten Privatisierung bestand in der Verteilung des Gruppeneigentums (d.h. des gemeinsamen privaten) Eigentums unter den einzelnen Mitgliedern der Nomenklatura-Kaste. Dieser Prozeß vollzog sich faktisch in den Jahren 1990-1991.

*Viertens:*Die Opposition zur Macht der KPdSU (»Demokraten«) trat gegen die Privatisierung durch die Nomenklatura auf. Sie zeigte, daß das wahre Ziel dieser Privatisierung nicht in der Einführung des Privateigentums schlechthin, sondern in der Konstituierung der Nomenklatura als Privateigentümer bestand. An die Macht gekommen, brachen die »Demokraten« die von der Nomenklatura durch-

Dieser Beitrag wurde auf der Konferenz »Wohin geht Europa im Osten«, die vom 3. - 5. Mai 1996 in Montreuil stattfand, gehalten. Siehe dazu auch UTOPIE kreativ Heft 68 (Juni) 1996.

»In Rußland aber herrscht Zügellosigkeit, das Grundgesetz des allgemeinen Betrugs und der Pflichtvergeßlichkeit, sagt Lebed: »Schulden werden nicht getilgt, Löhne nicht bezahlt.« Ordnung muß her.

Die russische Regierung verfügt über 16 Milliarden Dollar an Währungsreserven, die weitgehend dahinschmelzen, wenn die seit Monaten ausstehenden Löhne und Renten nachgezahlt werden. Jelzin hatte das als Wahlgeschenk versprochen, auch Entschädigungen für die entwerteten Sparguthaben (zunächst für Sparer, die über 80 Jahre alt sind).

Der Lebensstandard der Massen sinkt noch weiter. In Rußland wird – wohl weltweit einzig – mehr Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezogen als aus Lohnarbeit. Die Reallöhne verminderten sich voriges Jahr um ein Viertel. Doch die Regierung bekommt die Inflation (1992: über 2500 Prozent) langsam in den Griff. Die Preise stiegen im Mai nur noch um 1,6 Prozent. Laut Umfrage zeigt sich jeder dritte Russe mit seiner Kaufkraft einigermaßen zufrieden, bei 41 Prozent reicht das Einkommen nur für Lebensmittel.

Jeder fünfte hungert. Die gute Nachricht: Unter dem Druck des Weltwährungsfonds – als Bedingung für weitere Kredite – liegt das Defizit der öffentlichen Haushalte nur noch bei 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ebenso hoch sind die Steuerrückstände. Die Hälfte der Ausgaben ist nicht durch Einnahmen gedeckt.«

DER SPIEGEL, Heft 26/1996, S. 128.

geführte Privatisierung jedoch nicht ab, sondern beteiligten sich an dieser und wurden so zur »neuen Nomenklatura«.

*Fünftens:*Die alte und die neue Nomenklatura (Kasten) sind die zwei legitimen realen Beteiligten der Privatisierung. Es gibt noch einen dritten Beteiligten: das Schattenkapital. In den Jahren der Jelzinschen Reformen konnte es sich legalisieren und so herüberretten. Das Schattenkapital (faktisch kriminelles Kapital) übertraf die alte »kommunistische« und die neue »demokratische« Nomenklatura in ihren kriminellen Methoden der Bereicherung. Als Folge dessen erhielt der Prozeß der Privatisierung im gegenwärtigen Rußland im wesentlichen einen kriminellen Charakter.

*Sechstens:*Die Masse der Bevölkerung war und blieb faktisch ausgeschlossen von der Privatisierung. Der Versuch eines in großem Maßstab durchgeführten Betruges der Bevölkerung unter dem Deckmantel der »Volksprivatisierung« ist äußerst umfassend, inhaltsreich und verdient eine spezielle Untersuchung. Dieser Versuch ist den russischen »Demokraten« hervorragend gelungen.

*Siebtens:*Das Fazit des ersten Stadiums der Entstaatlichung und Privatisierung lautet:

- Zerstörung der Industrie (der Umfang der Produktion verringerte sich um die Hälfte),
- ständige Verringerung der realen Einkünfte der werktätigen Bevölkerung (um das 3-5 fache),
- Ausfuhr von mehr als 100 Milliarden US-Dollar aus Rußland,
- Schaffung mächtiger Privatvermögen,
- Herstellung der Kontrolle einer Reihe von Schlüsselbereichen der Industrie Rußlands durch ausländisches Kapital,
- Auszug des Staates aus der Ökonomie.

*Achtens:*Die zweite Etappe der Privatisierung hat begonnen. Ihre Aufgabe besteht in der weiteren Liquidierung staatlicher Anteile am Aktienkapital sowie in der Einbeziehung von Grund und Boden und von Wohnraumressourcen in die Privatisierung.

*Neuntens:*Die Privatisierung in der UdSSR und in Rußland wurde und wird als Zwangs- und alternativlose Reform des Eigentums durchgeführt. In den Augen der Bevölkerung Rußlands sind ihre Methoden undemokratisch und kriminell und ihre Resultate nicht gerecht.

Interessant sind die Äußerungen derjenigen, die sich die Privatisierung in Rußland haben einfallen lassen und die sie durchführten. Es ist hier angebracht, zu unterstreichen, daß bei der Definition der Zielrichtung der Reformen des Eigentums die damaligen Führer der KPdSU und die Mitstreiter Jelzins von Anfang an übereinstimmten. Sowohl diese als auch jene wollten das Privateigentum. Genauer: Sowohl diese als auch jene rechneten damit, Besitzer von Privateigentum zu werden. Alles andere ist ideologische Bemäntelung dieses Ziels.

Die Suche nach »effektiven Eigentümern«, d.h. unterschiedlichen und sinnvollen Eigentumsformen, wurde nicht zur Aufgabe der praktischen Politik gemacht. Wenn die Frage so gestanden hätte, so wäre die freie Wahl und Neuwahl von Eigentumsformen und der Formen der Organisation der Produktion aktuell. Anstelle eines solchen demokratischen Zugangs zur Reform des Eigentums wurde die Zwangsprivatisierung bevorzugt, die apriori festlegt: effektiver Eigentümer kann nur ein Privateigentümer sein. So erlangten die Interessen einer Kaste (der Nomenklatura) und einer Klasse (der neuen Bourgeoisie) Vorrang vor den Interessen der Nation.

Die erste Etappe der Privatisierung begann im Dezember 1992 und endete 1994. Teilnehmer an dieser Etappe war jeder Bürger Rußlands (sogar wenn er nicht gewillt war, daran teilzunehmen). Jeder wurde Besitzer eines Voucher (Privatisierungsscheck) im Wert von 10.000 Rubeln (ca. 10 US-Dollar im Mittelwert des Kurses in der Periode 1993-94). Der Nominalwert des Voucher desorientierte von Anfang an bewußt die Bürger hinsichtlich des realen Preises des Anteils am Vermögen, der dem Voucher entsprach (die Preise stiegen im Zeitraum 1992-93 um nicht weniger als das 230 fache, aber der Nominalwert des Voucher blieb beim Preis von 1991). Die Regierung erließ extra ein Paket von Maßnahmen, um die Bürger zu bewegen, die Voucher zu verkaufen oder sie blindlings in verantwortungslose Privatisierungsfonds einzuzahlen.

Die Voucher konnten bequem von Leuten genutzt werden, die sich an der Macht befanden oder die die Macht kaufen wollten. Die Voucher-Privatisierung brachte eine Welle von Betrügereien und organisierter Kriminalität hervor. Der Staat zog sich während der Voucher-Privatisierung eigenmächtig vom Schutz der Interessen der Bevölkerung zurück.

Der zweite grundlegende Bestandteil der Privatisierung ist die Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften, wobei ein Teil der Aktien zu nichtstaatlichem Eigentum erklärt wurde. Die Umwandlung in Aktiengesellschaften machte aus den Betrieben eine Ware, an denen man Eigentumsrechte in Teilen kaufen und verkaufen konnte. Es ist prinzipiell wichtig anzumerken, daß Boris Jelzin verbot, bei der Umwandlung der staatlichen Betriebe in Aktiengesellschaften Gesellschaften geschlossenen Typs zu bilden. Mit seinen Erlassen machte er die praktischen Versuche zunichte, geschlossene Aktiengesellschaften zu gründen. Solche Versuche gab es von seiten der Arbeitskollektive (einschließlich der Administration) in der Hoffnung, Eigentümer der Betriebe zu bleiben oder zu werden. Verboten war während der Umwandlung in Aktiengesellschaften auch, die dem Kollektiv unentgeltlich oder zu Vorzugsbedingungen verkauften Aktien in einem Paket aufzubewahren. Sie sollten unbedingt an konkrete Lohnarbeiter ausgegeben werden. Auf diese Art und Weise wurde der Kauf und Verkauf der Aktien maximal erleichtert. Die Administration, teilweise auch der Staat, verloren die Kontrolle über die Formierung des Kontrollpaketes. Aus diesem Grund sind in einer Reihe von Industriezweigen die Aktienkontrollpakete zielgerichtet von ausländischen Gesellschaften über vorgeschobene Firmen aufgekauft

»Die Steuereinnahmen in Rußland liegen bei ungefähr einem Fünftel des Bruttoinlandsprodukts. In anderen Industriestaaten sind sie doppelt so hoch.

Lebed, der General, möchte wie ein Chicago-boy die Steuersätze senken: »Wenn heute jeder Unternehmer von 100 verdienten Rubel 89 als Steuern abführen muß, gehen nur noch Idioten einer ordentlichen Beschäftigung nach. Mit Muskelkraft, Waffenbeherrschung und viel krimineller Energie sichert man sich viel eher seine Existenz.«  
Tatsächlich gelingt es den russischen Finanzämtern nicht, annähernd die Hälfte der fälligen Steuern einzunehmen.«  
Ebenda.

»Lebed:

Ordnung heißt für mich, daß Menschen zusammen mit ihrem Land reicher werden können – und nicht auf dessen Kosten. Ordnung, das ist ein Staat, der allen seinen Bürgern Schutz und Fürsorge garantiert, nicht nur den wenigen Superreichen.

Ordnung à la Lebed, das ist garantierte Freiheit für ehrliches Handeln. Bei uns hat das Verbrechen das ganze Land in seine Gewalt gebracht. Der Zugang zum Markt ist für die meisten verbaut, durch Schutzgeld-pressung, unerträgliche Steuern, Betrug, Bestechung. Diesen Teufelskreis müssen gezielte Präsidienentscheidungen durchbrechen.

SPIEGEL:

Das klingt, als wollten Sie auf dem Feld der Wirtschaft erst einmal Minen räumen lassen.

Lebed:

Genau das habe ich auch vor. Damit kluge Köpfe dort ackern können und nicht gestört werden; damit sich Profis durchsetzen.«  
Ebenda, S. 130.

worden. Die Preise waren dabei nicht nur niedriger, sondern geradezu lachhaft.

Schließlich, der dritte wesentliche Bestandteil der Privatisierung: Auktionen. Hier sind durch die Art der Durchführung der Auktionen bereits eine Reihe von Konkurrenten, insbesondere die Käufer, deren Grundkapital zu mehr als 25 Prozent aus staatlichen Mitteln bestand, ausgeschlossen worden. Das bedeutet, daß die Reformer im voraus die ökonomische Effektivität der Privatisierung opfer-ten. Sie verabsolutierten das ideologische Kriterium – »das Privateigentum über alles«. Der Sinn der in Rußland durchgeführten Privatisierung besteht ausschließlich in der Vernichtung des staatlichen Eigentums. Es war reiner Selbstzweck und beweist die Kulturlosigkeit sowohl der Weisungen des Internationalen Währungsfonds als auch der ausführenden Regierung von B.N. Jelzin.

W. Polewanow, Vize-Premier der Regierung Rußlands von 1994-95, wurde durch seinen Artikel zur Analyse der ersten Etappe der Privatisierung bekannt. W. Polewanow wies überzeugend nach, daß alle wesentlichen Aufgaben nicht erfüllt wurden. Als negative Ergebnisse werden genannt:

- Anwachsen der Wirtschaftskriminalität;
- Untergrabung der nationalen Sicherheit;
- Abgabe des staatlichen Eigentums an private Nutzer für einen Spottpreis. Für fünfhundert der größten privatisierten Betriebe Rußlands wurden nur 3,6 Prozent ihres realen Wertes erzielt (7,2 Milliarden US-Dollar statt 200 Milliarden US-Dollar);
- der übereilte und erdrutschartige Charakter der Privatisierung führte zu einer ernsthaften Vernichtung der Produktion.

Die erste Etappe der Privatisierung hat gezeigt, daß auch im 20. Jahrhundert die Prozesse der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals dazu führen, daß das Kapital »von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend« zur Welt kommt (Karl Marx).

In Rußland hat jetzt die *zweite* Etappe der Privatisierung begonnen – und das noch energischer als die erste. Die Spezialisten warnen: Rußland könnte für die Vollendung dieser neuen Etappe der Privatisierung nicht mehr genug Schmutz und auch nicht mehr genug Blut haben. Die Degradierung erfaßt jetzt schon nicht nur die Produktion, sondern alle Sphären und Lebensbereiche der Bevölkerung. In Rußland geht eine Entartung auf Anweisung und unter Mitwirkung der internationalen Gemeinschaft vor sich. Vor anderthalb Jahrhunderten verkündete Pierre Proudhon: »Eigentum – das ist Diebstahl«. Heute untermauert die Privatisierung in Rußland diese These, ergänzt um einen neuen Aspekt: »Die Forcierung und gewaltsame Einführung des Privateigentums hat den ökonomischen Genozid der Bevölkerung unausweichlich zur Folge«.

Diese Schlußfolgerung muß emotionslos und ohne Panikmache gezogen werden. Sie konstatiert nur den Fakt.